

Bericht und Beschlussempfehlung der staatlichen Deputation für Inneres**Vorausschauende Polizeiarbeit ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen****Sicherheitsgefühl stärken – Aufklärung von Einbrüchen verbessern!****I. Bericht der staatlichen Deputation für Inneres**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die genannten Anträge mit Beschluss zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres überwiesen. Die staatliche Deputation für Inneres hat die genannten Anträge zusammengefasst und in der Sitzung am 3. November 2016 beraten. Die staatliche Deputation berichtet entsprechend wie folgt:

Grundvoraussetzung für den Einsatz einer Predictive Policing Software ist immer die Verknüpfung von Fallzahlen und Geodaten. Die Polizei Bremen entwickelt daher die Verarbeitung von Geodaten zur Lageauswertung weiter. Eine Entscheidung über die Anschaffung der Analysesoftware setzt die Schaffung der oben angegebenen IT-Voraussetzungen und die Bereitstellung entsprechender personeller Ressourcen auch für nachfolgende präventive und operative Maßnahmen voraus. Derzeit liegen keine Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Predictive Policing vor. Ebenso sind keine Konzepte bekannt, die Aufschluss über eine erfolgreiche Verknüpfung der Analyseinstrumente mit operativen Maßnahmen geben. Alle Berichte hierzu stammen von den Herstellerfirmen selbst. Die bei einer Predictive Policing Software verwendeten Algorithmen betrachten die Firmen als Betriebsgeheimnis. So kann nicht nachvollzogen werden, wie die Ergebnisse berechnet werden. Zurzeit werden in einigen Bundesländern verschiedene Systeme getestet. Bayern und Baden-Württemberg nutzen das System PreCops (Firma PreCops). Es liegen erste Erfahrungen vor. Teilweise gibt es Rückgänge in den Testgebieten. Ob diese Rückgänge auf den Einsatz der Software zurückgehen, kann bisher nicht gesagt werden. Einige Länderpolizeien entwickeln Produkte auf Basis ihrer Vorgangsbearbeitungssysteme, um die Wirksamkeit unabhängig und mit Kenntnis der verwendeten Algorithmen zu testen. Bremen nutzt das Vorgangsbearbeitungssystem @rtus ebenso wie die Bundespolizei und das Land Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein wird zurzeit eine etwaige Lösung auf @rtus-Basis angestrebt.

Derzeit verfolgt die Polizei Bremen die laufenden Projekte in den Ländern und wartet die dort erlangten Ergebnisse sowie das Ergebnis der eingesetzten Arbeitsgruppe der AG Kripo ab, um zu gegebener Zeit eine Entscheidung über den Einsatz eines entsprechenden Analyseinstruments zu entscheiden. Die weitere Entwicklung im Bund und in den Ländern sollte aus den vorgennannten Gründen abgewartet und eine Lösung in bestehenden Kooperationen angestrebt werden.

Der Wohnungseinbruchsdiebstahl und die damit einhergehende Verunsicherung der Bevölkerung ist seit Jahren bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit. Im Land Bremen wurde der Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahl aufgrund der hohen Fallzahlen bereits spätestens seit 2010 eine hohe Bedeutung zugeschrieben. In mehreren ressort- und teils länderübergreifenden Arbeitsgruppen wurde und wird das Themenfeld eng begleitet. So hat sich das Land Bremen zusätzlich 2012 wissenschaftlich evaluieren und beraten lassen (Wissenschaftler Prof. Dr. Feltes) und Bremerhaven darüber hinaus jüngst an der KfN-Studie „Wohnungseinbruch: Polizeiliche Ermittlungspraxis und justizielle Entscheidungen im Erkenntnisverfahren“ (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. – Forschungsbericht 130) teilgenommen. Die Erkenntnisse und

Empfehlungen dieser wissenschaftlichen Begleitung fließen in die polizeiliche Arbeit ein und unterstreichen den Fokus auf den Phänomenbereich.

Mit dem Ziel, die Fallzahlen bei Wohnungseinbrüchen zu verringern und die Aufklärungsquote zu erhöhen, setzen die Polizeien in Bremen und Bremerhaven ein umfassendes Maßnahmenbündel um. Spezifische zielgruppenorientierte Präventionsmaßnahmen unterstützen die taktisch-operativen Ermittlungsansätze. Darüber hinaus hat die Polizei Bremen ein sogenanntes Einbruchsradar entwickelt. So soll die Betroffenheit der Bevölkerung erhöht und u. a. Zeugenhinweise gewonnen werden. Der Bürger wird aufgefordert, auffällige Beobachtungen unverzüglich der Polizei zu melden, um so Täter noch am Tatort zu ergreifen und das möglichst noch vor Tatvollendung. Das bedeutet beste Chancen für eine Verurteilung und eine hohe Abschreckung.

Im Rahmen der „Reform 2600“ der Polizei Bremen ist zudem die Einrichtung eines Einbruchskommissariats in der neuen Organisation vorgesehen.

II. Beschlussempfehlung

Die staatliche Deputation für Inneres empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP den Antrag „Sicherheitsgefühl stärken – Aufklärung von Einbrüchen verbessern! (Drs. 19/432)“ abzulehnen.

Die staatliche Deputation für Inneres empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition bei Enthaltungen des Deputierten Wesemann den Antrag „Vorausschauende Polizeiarbeit ermöglichen – Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen – Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen (Drs. 19/18)“ abzulehnen.

Wilhelm Hinners
(Vorsitzender)

In Vertretung
Thomas Ehmke
(Staatsrat)